Abwägung zum Aldi-Hallenbau

Politisches Votum für Änderung des Bebauungsplans

Lehrte (r/gg). In der jüngsten Ratssitzung hat die politische Mehrheit für den seit rund fünf Jahren umstrittenen Aldi-Hallenbau südlich von Aligse votiert – formell mittels Bebauungsplan-Änderung, um die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Deutlich sind mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan, der allgemeinen Beschreibung des Vorhabens aus dem Lageplan, den Ansichten und dem Straßenentwurf die Dimensionen der zukünftigen Betonierung des jetzt noch lebendigen Ackerlands. Von den 170.000 Quadratmetern der Fläche sollen 120.000 Quadratmeter versiegelt werden. Die größte Lagerhalle wird 327 Meter lang, 154 Meter breit und 17,5 Meter hoch sein. Es wird 87 Laderampen für Lastwagen geben, mit entsprechendem Schwerlastverkehr ist zu rechnen. Wegen der zu befürchtenden Beeinträchtigung der Lebensqualität in Aligse hatte im Vorfeld immer wieder massiven Bürgerprotest gegeben. Die Befürworter argumentierten mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen. Zwecks Befriedung des Konflikts hatte sich Aldi zu zahlreichen Maßnahmen verpflichtet, die vermeintliche Nachteile abfedern sollten, darunter Straßenbau, Dachbegrünung, Photovoltaikanlagen und Mulden gegen die Schäden der Versiegelung in Bezug auf den Wasserhaushalt.

In einer Stelllungnahme erklärt die Ratskoalition aus SPD, Grüne und Linke das Votum für den Hallen-Neubau in Aligse. Hintergrund ist das Bestreben, das bestehende Aldi-Zentrallager in Sievershausen aufzulösen. Dabei wird auf die Vorgaben des fast 15 Jahre alten Flächennutzungsplans und ein Stadtentwicklungskonzept von 2015 Bezug genommen. Die rot-grün-rote Ratsfraktion teilt mit: „Eingriffe in Natur und Landschaft sowie die Wirkung des Verkehrslärms in den Ortschaften Aligse und Röddensen werden durch Ausgleich- und Lärmsanierungsmaßnahmen zu Lasten von Aldi kompensiert." Seine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber dem Projekt bestätigte Bürgermeister Frank Prüße in mehreren Stellungnahmen. Für das Verfahren mit verwaltungsrechtlichen Vorgaben spiele das jedoch keine Rolle. Protest gegen die Flächenversiegelung formierte sich insbesondere über den Verein für Dorferhaltung und Umweltschutz. Auch Stimmen aus der CDU kritisierten den schadhaften Flächenverbrauch.